

einem vom Finanzminister festgestellten Goldumrechnungssatz. Dabei soll der Zeitpunkt der Entstehung der Schuld maßgebend sein, nicht die Fälligkeit. Der Zeitpunkt der Entstehung aber wird für alle Steuerschuldner gleicher Art derselbe sein; dadurch wird also die Ungerechtigkeit beseitigt, daß die Schuldner, je nachdem ihnen der Steuerbescheid früher oder später zugestellt wird, verschieden belastet werden. Vor allem aber ist es wichtig für das Reich, daß der Steuerschuldner aus der Geldentwertung zwischen dem Zeitpunkt der Entstehung und der Fälligkeit der Schuld nicht Nutzen ziehen kann. Der Zeitpunkt für die Entstehung der Schuld wird für jede Steuerart besonders bestimmt. Der Papiermarkbetrag, der an diesem Tage zu entrichten war, wird zu dem Goldumrechnungssatz in Goldmark umgerechnet; am Fälligkeitstage ist der Papiermarkbetrag zu zahlen, der diesen Goldmarkbetrag, vervielfacht mit dem dann geltenden Umrechnungssatz, entspricht. Beträgt z. B. die Grundsteuer 300 Millionen Mark und ist am Tage der Entstehung der Schuld der Goldumrechnungssatz 100 Millionen, so ergibt sich die Entstehung einer Steuerschuld von 3 Goldmark; wenn am Zahlungstage der Umrechnungssatz 250 Millionen Mark beträgt, so sind für die ursprüngliche Schuld von 3 Goldmark dreimal 250 Millionen Mark = 750 Millionen Papiermark zu entrichten.

Um die Geldbeschaffung für die Steuerleistung zu erleichtern, kann der Finanzminister bei Zahlungen, die innerhalb einer bestimmten Frist zu leisten sind, jenen Goldumrechnungssatz, der am Anfang der Frist gilt, als maßgebend erklären; dann kann der Steuerpflichtige innerhalb der gestellten Frist ohne Rücksicht auf eine Wertänderung den Papiermarkbetrag unverändert entrichten. Wird die Steuer am Fälligkeitstage nicht getilgt, so werden 5 Prozent Zinsen für das Jahr hinzugerechnet, und zwar vom Goldmarkbetrage. Steuern, die zu viel bezahlt worden sind, wird das Reich von nun an wertbeständig zurückerhalten.

Zu bemerken ist noch, daß alle Zahlungen, die bis zum Inkrafttreten der Verordnung, d. h. bis zum 12. Oktober, geleistet sind, als erledigt gelten und für sie keinerlei Aufwertung in Betracht kommt.

Geldstrafen wegen Hinterziehung einer Steuer werden künftig in Goldmarkbeträgen ausgesprochen.

Goldmark in der Rechtspflege

Nach der Novelle zum Gerichtsverfahrgesetz vom 21. Dezember 1922 müssen jetzt die Gerichtsgebühren im voraus bezahlt werden, und zwar in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkursverfahren vom Antragsteller, in Strafsachen vom Privatkläger. Wenn den Anträgen entsprochen wird, d. h. wenn die Entscheidung des Gerichts zugunsten des Klägers oder des Antragstellers ausfällt, so hat ihm der unterliegende Teil die ausgerichteten Gebühren selbstverständlich zu ersetzen. Bei der sich übertragenden Geldentwertung erhält dann aber der obliegende Kläger oder Antragsteller nur einen geringen Bruchteil des Wertes zurück. In den vor Wochen oder Monaten ausgelegten Bescheiden kommt es sehr oft vor, daß der dem Prozeß Gewinnende in Wirklichkeit der Verlierende ist. Die Kosten werden zwar dem anderen Teil auferlegt, aber dieser zahlt sie erst, wenn sie auf einen lächerlich geringen Wert zusammengeschrumpft sind, und der steuerliche Kläger erleidet den Verlust der Geldentwertung. Darin liegt eine schwere Ungerechtigkeit, die der Gesetzgeber nicht vorhergesehen hatte, und die so schnell als möglich beseitigt werden sollte. Da jetzt endlich die Steuern der Geldentwertung angepaßt werden sollen, ist es an der Zeit, daß auch die Gerichtsgebühren wertbeständig gemacht, also nach Goldmark berechnet werden sollten, damit der Kläger, der die Gebühren ausbezahlt hat, im Falle der Verurteilung des Beklagten den gleichen Wert zurückerhält, den er im voraus gezahlt hatte. Eine Verordnung dieses Inhalts sollte mit zu den ersten Maßnahmen gehören, die das Reichsministerium auf Grund des Ermächtigungsgesetzes — oder im Notfall auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung — trifft.

Die Demokraten auf dem Posten

Berlin, 11. Oktober. (Eig. Tel.) In den Abendstunden begann eine Vermittlungsaktion der Demokraten, die das Abstimmungsgebot für das Ermächtigungsgesetz zum Einverständnis führen soll. Wie wir erfahren, verlaufen diese Bemühungen bisher erfolglos. Die Sozialdemokratie hat beschlossen, ihren Mitgliedern die Abstimmung freizugeben. Dadurch ist erreicht, daß die Opponenten im Saal bleiben und gegen das Gesetz stimmen. Die Zweidrittelmehrheit der Reichstagsmitglieder wird dadurch ermöglicht. Ähnliche Bemühungen haben auf dem Reichstag die Deutschen Volkspartei stattgefunden. Die Situation am Sonnabend wird also folgende sein: Deutschnationalen und Kommunisten besteht die Abstimmung fern. Gegen das Gesetz stimmen die Bayerische Volkspartei, die heute bereits erklärt hat, daß sie die Obstruktion der Deutschnationalen und der Kommunisten nicht mitmachen, ebenso ein kleiner Teil der Sozialdemokraten und vielleicht auch einige Volksparteiler. Unter diesen Umständen würde der Große Koalition mehr als eine Zweidrittelmehrheit verbleiben.

Warnende Zeichen

Frankfurt a. M., 12. Oktober. (Eig. Tel.) Im Laufe des Donnerstagsmorgens kam es in Köln an verschiedenen Stellen der Stadt zu Unruhen. Gegen 3 Uhr sammelte sich in der Zährner Straße bei der „Westdeutschen Lebensmittel-W.G.“ eine Versammlung an und begann zu plündern. Die Polizei schritt ein und vertrieb die Menge. Auch an verschiedenen anderen Stellen der Stadt kam es zu Plünderungen. Hauptplünderer wurden Ladegesellen und Schutzbewache der Waffe Gebrauch machen, da sie nicht angegriffen wurde. Es sind Verletzungen zu verzeichnen und verschiedentlich Beschädigungen vorgenommen worden. Augenblicklich herrscht im Zentrum Kölns wieder Ruhe.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. (Eig. Tel.) Die Wirtschaftskrise droht hier jetzt offen zum Aus-

bruch zu kommen. Nachdem die Arbeiterkassen der Reichsbankfabrik Moers a. M., wegen Verweigerung der verlangten Lohnerhöhung die Arbeit niedergelegt hatte, hat das Werk die gesamte Belegschaft ausgesperrt. Versuche der Ausschüsse, die übrigen Frankfurter Industriebetriebe zur Wiederlegung der Arbeit zu überreden, sind vorläufig gescheitert; es besteht aber doch die Gefahr, daß der Konflikt weiter um sich greift.

Börsen a. M., 12. Oktober. (Eig. Tel.) Hier haben die Notlandarbeiter vor dem Rathaus demonstriert. Eine Abordnung, die zum Magistrat gefandt wurde, verlangte die Auszahlung eines Vorschusses in der Höhe von 10 Millionen Mark für die Person. Da es sich um eine Summe von 10 Millionen Mark gehandelt hätte und die Stadt Börsen nicht in der Lage ist, eine solche zu bezahlen, konnte dem Verlangen der Demonstrierenden nicht stattgegeben werden.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. (Eig. Tel.) Auch hier haben sich Vertreter der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei mit solchen der freien Gewerkschaften und des Afabundes sowie mit Beamtenvertretern in einer Besprechung dahin geeinigt, eine gemeinsame Kampffront herzustellen. Es ist ein Programm vereinbart worden, das für die gesamte Organisation bindend sein soll.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. (Eig. Tel.) Die süddeutschen Vertreter des Gewerkschaftsrates, die in Frankfurt a. M. verammelt waren, schloßen eine Entschlieung, in der es heißt: „Im besetzten Gebiet: haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten im schwersten Ringen Gut und Blut der Reichseinheit zur Verfügung gestellt. Es muß jetzt, nachdem durch unermessliche Gesetzgebung und planmäßige Steuerabgabe das Reich an den Rand des Abgrundes gebracht ist, mit Entschiedenheit verlangt werden, daß alle parteitaktischen Hindernisse vermieiden werden und daß endlich die Gesamtheit ihrer Substanz in den Dienst des Staates stellt, um das Reich vor dem Zusammenbruch zu retten. Die Vertreter des Gewerkschaftsrates rufen die Arbeiterkassen und darüber hinaus das gesamte Volk auf, gegen alle Vorschläge und gegen alle Vorkämpfer nationaler Entwicklung zu stehen.“

Die Vereinigten Staaten und das deutsche Wirtschaftselend

Paris, 12. Oktober. (Eig. Tel.) Wie der „New York Herald“ meldet, wurde von dem amerikanischen Bankier Winbrun und verschiedenen anderen Interessenten der Reichsregierung ein Plan vorgelegt, der Deutschland finanzielle Hilfe bringen will. Ueber die Einzelheiten dieses Projektes, über das in Berlin bereits verhandelt wurde, machte Winbrun dem Korrespondenten des „New York Herald“ einige Mitteilungen, in denen er darauf hinwies, daß der Wert des deutschen Eigentums allein in New York 500 Millionen Dollar betrage. Diese Summe könne als Garantie für ein Darlehen von 100 Millionen Dollar dienen, die in Deutschland in Umlauf gesetzt, dem Volk wieder Vertrauen in seine Währung einfließen würde. In deutschen Regierungskreisen begreife man den Plan mit höchlich großem Interesse; dem deutschen Vertreter in Washington sei Werbung erteilt worden, die Verhandlungen drängen fortzusetzen.

Bomben, 12. Oktober. (Eig. Tel.) Wie die „Central News“ aus Washington meldet, ist der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno vom Präsidenten Coolidge empfangen worden. Obwohl es sich um einen reinen Höflichkeitsempfang handelte, glaubt man doch zu wissen, daß Dr. Cuno dem Präsidenten die Lage Deutschlands in allen Einzelheiten geschildert habe.

„Lokale Vereinbarungen“ im Sinne Poincarés

Paris, 12. Oktober. (Eig. Tel.) Das „Journal“ gibt folgende Meldung aus Düsseldorf wieder: Die Jünglingskommission erhält weiterhin jeden Tag neue Vorschläge über die Wiederaufnahme der Reparationen. Gestern kamen die Direktoren der Gruben „Holland“, „Sieben Planeten“, „Offen I und II“, „Dannemann“ (V) und „Bruchstraße“. Die Direktoren der beiden letzten Gruben, die der Deutsch-Engenburger Bergwerks-A.G. und Stinnes gehören, schlagen sogar vor, daß ihre eigenen Arbeiter die Verladung der von den Besatzungsbehörden auf Grubenplätzen beschlagnahmten Behälter nach Frankreich vornehmen sollten. Sie verlangten auch, daß man ihnen die Ausbeutung der Kohlen wieder überlassen solle, damit sie die Produktion erhöhen könnten. Die Direktoren von Cornay auf den Sozialisten der Gruben die Erlaubnis zu geben, in den Stinnesgruben ein Abnehmerkanal zu geben, um dort die elektrischen Kräfte zu reparieren, die bei Beginn der Befehung sabotiert worden sind. Diese Erlaubnis wurde erteilt.

Bomben, 12. Oktober. (Eig. Tel.) Der „Daily Express“ meldet, daß sich seit einigen Tagen in Bomben Hotels Agenten von Stinnes aufhielten, die transporthilf bewilligt seien, von Bomben Banken ein Darlehen von 5 Millionen Pfund zum Ankauf von Rohstoffen zu erhalten, um den Kongern für die Uebergangsgeld durch Ankäufe im Ausland von den deutschen Produktionsverhältnissen unabhängig zu machen. Die „Times“, die in einem ausführlichen Artikel die augenblicklich in Deutschland herrschenden innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse schildert und in erster Linie die Franzosen für die Verzögerungserscheinungen verantwortlich macht, weist zugleich darauf hin, daß die in den letzten Monaten gestiegenen riesigen Rohstoffkäufe der deutschen Industrie in Amerika dazu beigetragen hätten, die deutsche Währung zu schwächen. Das Blatt sagt zum Schluß wörtlich: „Obwohl die Hochfinanz seit den Zeiten der Bankiers von Florenz und der Fugger einen großen Einfluß auf die europäische Politik ausübt, dürfen nur wenige Beispiele dafür vorhanden sein, daß Großmagnaten hinter dem Rücken oder über dem Kopf ihrer eigenen Regierung hinweg mit fremden Staaten verhandelt haben.“

Bürgerliche und roter Block

Zz. Dresden, 12. Oktober.

Die Haltung der bürgerlichen Parteien des Sächsischen Landtages zu dem neuen Robinett Zeigner-Bündel ist bereits gestern von uns kurz charakterisiert worden. Im allgemeinen ist dazu zu sagen, daß die Anschauungen im bürgerlichen Lager natürlich keineswegs einheitlich sind. Bei den Demokraten betont man vor allem die Zwangsläufigkeit der Entwicklung. Bei der Zusammensetzung der Parteien, wie sie im Sächsischen Landtag besteht: 40 Sozialdemokraten und 10 Kommunisten gegen 8 Demokraten, 19 Deutsche Volksparteiler und 19 Deutschnationalen, waren alle Bemühungen, zu einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition zu kommen, von vornherein mit großen Schwierigkeiten verbunden. Das Scheitern aller Bemühungen, die über das inoffizielle Stadium nicht hinausgelangen, war weniger auf die mangelnde Initiative der bürgerlichen Parteien zurückzuführen, als auf den starken Gegensatz, der in Sachen zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten besteht. Es sei allerdings gleich bemerkt, daß die Deutsche Volkspartei in Sachen mehr auf dem Boden der Strejemännchen Richtung als auf dem schwerindustrialen Flügel fußt, aber hier in Sachen liegt noch der recht tiefe Gegensatz: Bund der Industriellen gegen Arbeitnehmer. Und jede Verbindung im Rahmen einer großen Koalition war infolge dieses Gegensatzes eigentlich von vornherein zum Scheitern verdammt.

Die Bemühungen, zu einer großen Koalition zu kommen, wurden im wesentlichen von den Demokraten betrieben. Es haben zwischen den Führern der Demokraten und denen der Sozialdemokraten sehr oft inoffizielle Besprechungen stattgefunden, und es konnte immer mehr festgestellt werden, daß der Boden für das Zustandekommen der großen Koalition vorhanden wäre. Aber gerade als diese Bemühungen zu positiven Resultaten zu führen schienen, begannen die radikalen Elemente in der Sozialdemokratischen Partei die Ueberhand zu gewinnen. Wie weit diese Radikalisierung inzwischen fortgeschritten ist, geht aus der Tatsache hervor, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Wirth, der der gemäßigten Richtung in der BSPD angehört, an 17. Stelle auf die Stadtverordnetenwahlliste von Dresden gesetzt worden ist. Zweifellos ist die Haltung der Sozialdemokratischen Partei von der Angst vor Abwanderung ihrer Wähler in die Kommunistische Partei sehr wesentlich bestimmt worden, und gerade diese Angst hat auf die Radikalisierung der Partei den bedeutendsten Einfluß gehabt. Jetzt allerdings hat sich die Situation etwas gewandelt. Wie schon gestern kurz mitgeteilt, hat die Ausschiffung des sozialdemokratischen Ministers Feilich in der Partei stark verstimmt und da sein Einfluß in der Partei sehr stark ist, kann mit einem gewissen Stimmungswandel in der BSPD, immerhin gerechnet werden. Es wird allerdings hierbei darauf antommen, wie sich das parlamentarische Zusammenarbeiten der Sozialdemokraten mit den Kommunisten in der nächsten Zeit gestaltet.

In den bürgerlichen Parteien rechnet man damit, daß die Verbindung nicht dauernd sein werde, da die Entwicklung der Dinge über die Köpfe der Sozialdemokraten hinweggehen werde. Es fehle, wie man betont, dem Ministerpräsidenten Zeigner die nötige Ägeling, um der politischen Entwicklung die Richtung zu geben, die von der gesamten BSPD gebilligt werden könne. Immerhin kann festgestellt werden, daß die heutige Regierungserklärung auch auf die bürgerlichen Parteien nicht ohne Eindruck geblieben ist. Der stark unterdrückte feierliche Hinweis, daß die neue sächsische Regierung zum Reich treu und für die Einheit Deutschlands bis zum äußersten kämpfen werde, hat selbst auf den Vätern der Bürgerlichen, die sich während der Erklärung völlig schweigend verhielten, Emporworte laut werden lassen.

Den bürgerlichen Parteien bleibt aber inzwischen nichts anderes zu tun übrig, als die vorhandene sozialdemokratisch-kommunistische Uebermacht anzuerkennen und der neuen Regierung mit aller Schärfe auf die Finger zu zeigen, um zu verhindern, daß die bürgerlichen Grundrechte angetastet werden. Andererseits will man sich aber nicht in eine unfruchtbare Meieree begeben, sondern auch weiterhin versuchen, im Falle sich die Gelegenheit bietet, den Sozialdemokraten goldene Brücken zu bauen, um bei einem etwaigen Verfall der roten Koalition der Rückkehr der Sozialdemokraten kein Hindernis in den Weg zu legen, und doch noch die Bildung einer großen Koalition möglich zu machen.

Dresden, 12. Oktober. (Eig. Tel.) Die Meldung, daß der sächsische Amtshauptmann und Reichstagsabgeordnete Schmidt (Soj.) zum Zivilkommissar neben dem General Müller ernannt worden sei, wird in hiesigen Kreisen bemerkt. Aus dem Reichswehrministerium kommt das Gerücht, daß eine andere Persönlichkeit in Aussicht genommen sei, und voraussichtlich schon in den nächsten Tagen werde ernannt werden.

Hakenkreuzler-Frechheit

Kom, 11. Oktober. (Eig. Tel.) Der hiesige Korrespondent des „Deutschösterreichischen Beobachters“, Lübeck, ist von Wänden nach Kom mit einem regelrechten Beglaubigungsschreiben hiersher gekommen, mit dem er als Beobachter bei der sächsischen Partei Stallens und somit als Gesandter des Herrn Hitler auch bei der königlichen Regierung vorgestellt wird. Lübeck hat sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt, um vom Ministerpräsidenten Mussolini empfangen zu werden. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, daß er dabei Glück haben wird. Dafür hat Lübeck eifrige Beziehungen mit den Führern des Faschismus angeknüpft, denen er das Programm Hitlers auseinandersetzt. Hierbei macht er auch Versuche, ein Ueberkommen abzu-

schließen, um sich die Unterstützung der herrschenden Partei in Italien zu sichern bei dem als bevorstehend bezeichneten Marsch der Getreuen Hitlers auf Berlin. Lübeck soll die Befestigung gegeben haben, daß die von Hitler geleitete Bewegung auf keine Weise Italiens Interessen schädigen werde, weil der bayerische Nationalismus die Grenzregulierung am Brenner als vollzogene Tatsache anerkenn.

Nach unseren Informationen haben diese Besprechungen des Herrn „Gesandten“ die italienischen Faschisten bisher nicht zu überzeugen vermocht. Weder aber wird die Propaganda dieses Antifaschiten und Antideutschen nicht ohne Rückwirkung bleiben, denn die öffentliche Meinung Italiens steht in einem solchen Vertreter Bayerns nichts anderes als einen neuen Beweis der Zerfällung des Deutschen Reiches.

Die Bregenger Kanzlerbegegnung verschoben

Frankfurt a. M., 12. Oktober. (Eig. Tel.) Aus Wien wird gemeldet: Die beabsichtigte Begegnung zwischen Dr. Stresemann und dem Bundeskanzler Geipel in Bregenz ist infolge der Vorgänge in Deutschland vorläufig verschoben.

Tillessen in der Haft erkrankt

Der im Mathenau-Prozeß zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Kapitän a. D. Axel Tillessen ist in der Strafanstalt Rottbus, wo er seine Strafe absitzt, so schwer erkrankt, daß die Vornahme einer Operation notwendig geworden ist. Auf Anordnung des Oberreichsanwalts Göttemeyer ist Tillessen zu diesem Zweck von Rottbus nach Leipzig übergeführt worden. Ueber die Art der Erkrankung und seinen näheren Aufenthaltsort wird aus Rücksicht auf strengste Geheimhaltung berichtet.

Verstärkte tschechoslowakische Grenzüberwachung im Erzgebirge

Prag, 11. Oktober. (Eig. Tel.) Wie aus dem Erzgebirge gemeldet wird, wurden dieser Tage die Grenzposten in den Bezirken längs des Rammes der Erzgebirge durch Gendarmen, die aus verschiedenen Bezirken der tschechoslowakischen Republik zusammengezogen wurde, verstärkt. Als Zweck dieser Maßnahme wird eine genauere Ueberwachung und Durchsicherung der Grenzübertrittsbestimmungen angegeben. In der Grenzbevölkerung bringt man diese Maßnahme mit drohenden Wirren in Sachen in Zusammenhang, die durch die inkonstanten Entscheidungen entstehen könnten.

Der obereschlesische Ausstand

Krautau, 12. Oktober. (Eig. Tel.) Der Streik der Eisenbahn- und Postbeamten und der Bergarbeiter hat sich verschärft. In Kattowitz wurde einer der Streikführer verhaftet. Daranhin versammelte sich vor der Woiwodschaft eine etwa 3000 Köpfe starke Menschenmenge und forderte die Freilassung des Verhafteten. Dem Streik weichen, gab der Woiwode nach und ließ den Mann frei. Alle Straßen, die zur Woiwodschaft führen, sind von Militär und Polizei besetzt. Man nimmt an, daß morgen über ganz Oberschlesien der Ausstand ausgedehnt verhängt werden wird. Die Streikenden fordern ihren Lohn in Goldmark. Die Eisenbahnen stehen still, bloß der Straßenbahnverkehr in den einzelnen Städten funktioniert noch. Die große Elektrizitäts-Ueberlandzentrale in Thorgau ist von Militär besetzt.

Don der sowjetrussischen Wehrmacht

Bomben, 12. Oktober. (Eig. Tel.) Wie der Moskauer Korrespondent der „Morning Post“ meldet, hat die Sowjetregierung eine Verordnung erlassen, durch die alle im Ausland weilenden Russen aufgefordert werden, zur Erfüllung ihrer Militärpflicht nach Russland zurückzukehren. Die diplomatischen Vertreter Russlands im Ausland haben Anweisung erhalten, sofort eine Liste aller in ihren Bezirken befindlichen Russen anzufertigen und nach Moskau einzureichen. Der Korrespondent fügt hinzu, seit einiger Zeit herbeie lebhaftere Bewegung unter den russischen Truppen an der polnischen und der lettischen Grenze.

Kleine politische Nachrichten

Der Militärbesollmächtigte des Wehrkreis-Kommandos V hat neben einer Reihe anderer Verfügungen auch ein Verbot der Bildung von Verbänden ausgesprochen, die in Form von „Hundertchaften“, „Sturmtruppen“ und dergleichen wirtschaftliche und innerpolitische Ziele verfolgen. Bereits bestehende Verbände werden für aufgelöst erklärt.

Das italienische Parlament wird Ende November wieder zusammentreten. Mussolini wird die Tagung mit einem Bericht über die auswärtige Lage eröffnen, dem sich eine eingehende Debatte anschließen wird. Gleichzeitig wird Mussolini Verlängerung seiner Vollmachten um sechs Monate auf sein Jahr fordern. Man nimmt an, daß der Antrag angenommen wird. Nach der außenpolitischen Debatte wird sich das Parlament mit der inneren Lage und mit Finanzfragen beschäftigen.

Die ungarischen Staatsbahnen bereiten eine neue wesentliche Erhöhung der Tarife vor. Diese soll das 170 Milliarden betragende Jahresdefizit der Bahnen decken. Dem Ausmaß nach hätte sie sich zwischen 10 und 100 Prozent.

Der Präsident von China, Tsao Sun, legte in seiner ersten offiziellen Rede, dem Unterrichtsminister eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Er hoffe, daß es möglich sein werde, unter Mitwirkung von Wäneren aus allen Kreisen das Land zu einigen. China müsse seinen Vertragsverpflichtungen nachkommen und seine Auslandsschulden regeln.